

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mt. — Durch die Post bezogen 2.— Mt. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig:**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privatpersonen 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mt. Inkrate v. ausm.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorkauf, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unter Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Clas gegen Hindenburg

Die Schuld des „nichtmarxistischen Staatsoberhauptes“

In Plauen tagte am Sonnabend und Sonntag der Alldeutsche Verband, der unter Führung des bekannten Putschisten, des Justizrats Clas, steht. Plauen entwickelt sich allmählich zur Zentralkstelle der alldeutschen Gedankenwelt. Man erinnere sich, daß dort in letzter Zeit wie gegen Stresemann auch gegen eine Reihe Politiker anderer Parteien die Welle gepöbelt worden sind. Das Ereignis der Tagung war die Eröffnungsansprache, die Clas am Sonnabend gehalten hat. Er beschäftigte sich u. a. mit dem Reichspräsidenten Hindenburg und die Telegraphen-Union hat diese Sätze für so wichtig gehalten, daß sie im Wortlaut weitergegeben worden sind. Der Justizrat erklärte:

„Je länger je mehr hat sich gezeigt, daß der Reichspräsident von Hindenburg die Aufgabe nicht erfüllt, die ihm als nicht-marxistischem Staatsoberhaupt gestellt war — die Aufgabe, Deutschlands Rettung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu betreiben. Herr v. Hindenburg hat das nicht versucht, und es will uns gleichgültig scheinen, ob sein Verlangen auf den Mangel an staatsmännlicher Einsicht, an politischem Willen oder an beidem zurückzuführen ist. Schon vorher hatte er die ganze ungeliebte Außenpolitik des Herrn Stresemann hingeworfen und vieles andere gesehen lassen, was seine alten Verehrer an ihm irremachen mußte. Zuletzt hat er das heutige Kabinett des Reichszanklers Hermann Müller berufen, obwohl die Vorgänge bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung zeigten, daß eine brauchbare Staatsleitung daraus nicht hervorgehen könne; und obwohl ihm die Verfassung das Recht gibt, einen Mann seines Vertrauens mit der Regierungsbildung zu beauftragen.“

Kein Unbefangener wird bestreiten, daß seit dem Tage, an dem Herr v. Hindenburg sein Amt übernommen hat, schlechtin alles sich zum Schlechten gewendet hat.

Dafür ist der Reichspräsident der Deutschen Gegenwart und Zukunft verantwortlich, und es ist selbstverständlich, daß wir Alldeutschen, die wir zur Zeit des mächtigen Kaiserreiches, des scheinbar unerschütterten Kaiserturns, das als wahrer Erkennnis vertreten haben, nun pflichtmäßig mit unserem Urteil nicht zurückhalten würden, wo ein Mann an der Spitze des Reiches steht, der als Freiherz sich den Dank des Vaterlandes und die Verehrung aller guten Deutschen erworben hatte.“

Die Alldeutschen waren die Haupttreiber im Kampfe um die Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs. Raum war Hindenburg gewährt und schon versuchten die Leute um Clas den neuen Reichspräsidenten als Werkzeug ihrer Pläne zu benutzen. Man erinnere sich der Putschabsichten, die Dr. Clas im Jahre 1926 betrieben hat und an die Enthüllungen, die seinerzeit vom preussischen Ministerium gemacht worden sind. Wohl oder übel war der Reichsanwalt gezwungen, gegen Clas Anklage zu erheben. Die weitere Verfolgung aber wurde eingestellt, weil nach Auffassung des Reichsgerichts Herr Clas seine Putschpläne nur auf legalem Wege betrieben haben sollte. Und darauf bezieht sich die Wendung in den Darstellungen des betrübten Putschisten, in der es heißt, daß Hindenburg die Aufgabe gestellt sei, „Deutschlands Rettung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu betreiben“. Die Verfassungsmäßigkeit des geplanten Clas-Putsches war so gedacht — und es liegen eine Reihe Briefe vor, in denen sich die Alldeutschen unmittelbar an Hindenburg wandten — daß Hindenburg auf Grund des Paragraphen 48 regieren sollte. Der Reichstag sollte aufgelöst werden und wenn das neugewählte Parlament den Wünschen der Clasputschisten nicht entsprach, sollte er wiederum der Auflösung verfallen, bis die Grundlagen der Diktatur beseitigt seien. Da aber Hindenburg diesen Wünschen nicht entsprochen hat, ist er nun auch bei den Alldeutschen unten durch, und selbst die Deutschnationalen Presse ist entsetzt über die Clas-Kritik an dem einst vielgepriesenen „Reiter“ Hindenburg. Die Kreuzzeitung unterschlägt die Äußerungen Clas bis auf das letzte Wort, und die Deutsche Tageszeitung charakterisiert die Rede des Justizrats Clas mit der Überschrift: „Eine bedauerliche Entgleisung.“ Sie bemerkt ferner, daß sie das Urteil der DZ unterschreiben könne, in dem es hieß: „Nur mit dem größten Widerstreben erfüllen wir die publizistische Pflicht, diese ungeheuerlichen Ausfälle wiederzugeben.“

Soweit, so gut. Mit diesen Worten freilich ist die Angelegenheit bei weitem nicht abgetan, denn die Ausführungen des Justizrats Clas wurden lebhaft applaudiert, und die Mehrzahl der Mitglieder des Alldeutschen Verbandes gehört gleichzeitig auch der Deutschnationalen Volkspartei an. Nicht nur, daß Oberfinanzrat Dr. Bang, der bekannte deutschnationalen Abgeordnete von Eugenbergs Gnaden, unmittelbar hinter Clas referierte. Er sprach über das Thema: „Los von Reparationen und Daweslasten.“ Bang wurde erneut in den Vorstand des Alldeutschen Verbandes gewählt, so daß die Alldeutschen und das Urteil Clas über Hindenburg nicht so ohne weiteres abgeschüttelt werden können. Gerade die Alldeutschen haben Hindenburg während der Wahlzeit als den „Reiter“ gepriesen. Jetzt ersticht ihnen der Gedanke, wie reiten wir uns vor Hindenburg.

Im übrigen ist festzustellen, daß bei der Wahl des Vorstandes drei neue Männer aus dem sächsisch-thüringischen Grenzgebiet erhoben worden sind. Ein weiterer Beweis dafür, daß die reaktionäre Strömung im Lager der Deutschen Rechte auch in Sachsen immer von neuem Boden gewinnt.

Vom Bund gegen die Völker

Höfliche Reden

SPD Genf, 8. September.

Die am Sonnabend gehaltene Rede des österreichischen Bundeskanzlers, fast mit ebenso großer Spannung wie die Rede des deutschen Reichszanklers erwartet, war ein Meisterwerk rhetorischer Rhetorik und Diplomatie. Er dankte für die Völkerbundshilfe für Oesterreich, die einen Zusammenbruch verhüte, der Fragen aufgeworfen hätte, die Europa noch nicht zu diskutieren, geschweige denn zu lösen imstande sei. Ein warmes Kompliment an Deutschland, das als einzige Großmacht die Schiedsgerichtsklausel des Haager Gerichtshofes unterschrieben habe und die Versicherung, daß Oesterreich nur eine Friedenspolitik betreibe, standen sehr geschickt vor einer bitteren Klage über die Vermehrung der Rüstungen und die Nichterfüllung des den besiegten Völkern gegebenen Abrüstungsversprechens. Alle Völker wollen Abrüstung, betonte Seipel, um dann in der Minderheitenfrage, ohne Italien und Süditalien zu nennen, eine Resolution der dritten Völkerbundversammlung zu zitieren, in welcher der Völkerbund die Hoffnung ausdrückt, daß auch die Staaten, die durch keine Minderheitenvertretungen gebunden seien, in der Behandlung ihrer Minderheiten denselben Grad von Gerechtigkeit und Toleranz wie die übrigen zeigen werden. Endlich schloß sich der österreichische Kanzler dem Verlangen nach einer besseren Behandlung des Minderheitenproblems an.

Das gleiche forderte der schweizerische Bundesrat Motta in einer sehr klugen, den Friedensgedanken in den Vordergrund stellenden Rede, der außerdem betonte, daß der Kelloggpaakt durchaus der schweizerischen Neutralitätsidee entspreche. Die unparteiische Ausführung der Minderheitsverträge, betonte Motta, sei und bleibe ein zentrales Problem für die Realisierung der höchsten Ziele des Völkerbundes.

Polens Außenminister Jaleski erklärte sich als Gegner einer ständigen Minderheitenkommission, die eine ernste Gefahr für die Völkerbundarbeit bedeuten könne. Ein Ausbau der Minderheitenrechte sei nur möglich, wenn man das Prinzip des Minderheitenschutzes durch eine alle Staaten umfassende Konvention verallgemeinere. Um so mehr lobte er die Verträge zur gegenseitigen Unterfütterung in Kriegsfällen und betonte, daß die Herabsetzung der Rüstungen nur mit Zurückhaltung und in langsamen Schritten vorgenommen werden dürfe. Es genüge nicht, zu sagen: wir wollen abrüsten, um auch die Abrüstung zu ermöglichen.

Litauens Diktator Woldeparas erklärte sich als Anhänger des Kelloggpaaktes, dem aber die Androhung von Sanktionen gegen

Friedensbrecher fehle. Er schlug eine Resolution vor, in der eine Unterfütterung darüber, ob nicht das Völkerbundsstatut auf Grund des Kelloggpaaktes in diesem Sinne geändert werden müsse, gefordert wird.

Müller bei Cusshendun

SPD Genf, 8. September.

Reichszankler Müller trat dem englischen Delegierten Lord Cusshendun die deutsche Forderung nach der Räumung des Rheinlandes vor. Wie verlautet, verwies Cusshendun auf die verschiedenen Erklärungen Chamberlains im englischen Parlament, daß England der Räumung wohlwollend gegenüberstehe. England würde seine Zustimmung zu einer Räumung jedoch nur bei Uebereinstimmung aller Verhandlungspartner geben können.

Müller nahm am Sonnabendnachmittag einen ausführlichen Bericht eines Saar-Delegierten entgegen und ver sprach der Saar jede deutsche Unterfütterung ihrer berechtigten Klagen und Forderungen.

Katloses aus dem Völkerbundsrat

SPD Genf, 8. September.

Der Völkerbundsrat nahm am Sonnabendnachmittag in vertraulicher Sitzung die Entscheidung für den zurückgetretenen amerikanischen Richter des Haager Gerichtshofes vor. Die zur Neuwahl eines internationalen Richters nötige Uebereinstimmung der getrennten Abstammung von Rat und Versammlung wurde erreicht, indem der auch von Deutschland nominierte Amerikaner Hughes mit 41 Stimmen in der Versammlung und einstimmig im Rat gewählt wurde. Für die in der Vollversammlung abgegebenen Stimmen erhielt Reichsgerichtspräsident Simon.

Der Rat erledigte dann noch verschiedene deutsche Minderheitenbeschwerden durch unbefriedigende Kompromisse. So redeten sich die Polen in ihrer Antwort auf die Beschwerde des Deutschen Völkerbundes über die Ueberfälle auf Angehörige der deutschen Minderheit damit heraus, daß in Oberschlesien eine besonders gezielte Klassenkampfstimung herrsche, und viele dieser Taten im Alkoholrausch erfolgt seien. Die Vereinigung Aufständischer verfolge keine politischen Ziele. Der Rat begnügte sich damit, die Hoffnung auszudrücken, daß die Verhältnisse in Oberschlesien sich bessern werden.

Eine längere Debatte entstand wiederum bei der Behandlung der polnisch-litauischen Frage. Der Bericht des holländischen Delegierten zog die Möglichkeit in Betracht, daß die bevorstehende litauisch-polnische Konferenz nicht zu dem erhofften Ergebnis führen könnte. Das veranlaßte Woldeparas wiederum zu langen Ausführungen, bis schließlich Briand, von Lord Cusshendun unterstützt, eindringlich auf den Geist der Versöhnung hinwies, der doch auch in dieser Frage herrschen sollte. Außerdem sei es nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen nur logisch, die Möglichkeit weiterer Verhandlungen über diese Frage in Betracht zu ziehen. Da Holland im nächsten Jahre aus dem Rat ausscheidet, wurde schon jetzt die Neuwahl eines Berichterstatters über die polnisch-litauische Frage beschlossen. Der anschließende Tagesordnung stehende Bericht der Dreier-Kommission über die Situation der Litauer in Wilna veranlaßte Woldeparas zu weiteren entlosten Reden, die mit wachsender Ungeduld, teilweise mit Heiterkeit, aufgenommen wurden.

„Verzicht auf den Krieg!“

Kriegselchüsse für Singapur

WTB London, 9. September.

Das Daily News and Westminster Gazette berichtet, daß drei 1887-lige Kriegselchüsse nach Singapur für die dortige Flottenbasis verschifft wurden. Sie seien 60 Fuß lang, wüngen je fast 150 Tonnen und ihre ungeheure Reichweite und Zerstörungsgewalt genüge, um jeden Feind abzuwehren.

Botschafter Brodtkorf-Rankau gestorben

SPD Berlin, 10. September (Radio).

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf v. Brodtkorf-Rankau, ist am Sonnabendabend in Berlin in der Wohnung seines Bruders plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Der Botschafter stand im 60. Lebensjahre.

Graf Brodtkorf-Rankau, der sich seit dem 24. Juli auf Sommerurlaub befand, ist seit längerer Zeit an anginaähnlichen Erscheinungen. Er beabsichtigte deshalb, sich in den nächsten Tagen zu einer Kur nach der Schweiz zu begeben. Im Verlauf der letzten Woche verschlimmerte sich sein Leiden außerordentlich, vor allem traten Herzbeschwerden hinzu.

Die russische Regierung hat dem Reichskabinet bereits am Sonntag ihr Beileid über den Tod Brodtkorf-Rankaus zum Ausdruck gebracht.

Graf von Brodtkorf-Rankau wurde 1869 in Schleswig geboren. Bis 1894 war er aktiver Offizier und trat dann in den diplomatischen Dienst über. Von 1909 bis 1912 war er Generalkonsul in Budapest, von 1912 bis 1918 Gesandter in Kopenhagen, 1918 wurde er Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Dann bis 1919 Reichsminister. Als solcher war er 1919 Leiter der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1922 übernahm er dann den schwierigen Botschafterposten in Moskau, den er bis zum heutigen Tage innehatte. Brodtkorf-Rankau galt als einer der hervorragendsten Diplomaten, der wohl wie kein zweiter der Situation in Moskau

gewachsen war. Er war das Bindeglied zwischen Deutschland und der Sowjetregierung, und gerade in Krisen der Sowjetregierung schätzte man ihn als Diplomaten ganz besonders. Sein Leben war beherrscht von einer großen Arbeitsfreude.

Eine China-Konferenz?

TU Tokio, 9. September.

Das japanische Außenministerium beschloß die Einberufung einer China-Konferenz der Großmächte. Die Konferenz kann nach Ansicht Japans nur von solchen Mächten beschickt werden, die in China Rechte genießen; sie soll folgende Fragen behandeln: Ein einheitlicher Zolltarif in China, der Übergang zum neuen Vertragsverhältnis mit der chinesischen Regierung, die neue internationale Anleihe und andere wirtschaftliche Fragen, die mit der Einberufung der Konferenz in Zusammenhang stehen. Der Ort und das Datum der Einberufung der Konferenz ist noch nicht bestimmt. Die Verhandlungen werden noch zwischen Tokio, London, Washington und Paris geführt.

TU Tokio, 8. September.

Das japanische Kabinet bewilligte für die japanischen Truppen in der Nordmandschurei zehn Millionen Yen. Nach dem Vortrag des japanischen Kriegsministers hat das japanische Kabinet beschlossen, keine weiteren Truppen aus China abzurufen. Das japanische Kabinet billigte die Maßnahmen der militärischen Oberbefehlshaber in China zum Schutze der japanischen Interessen in der Nordmandschurei und auch in der Schantungprovinz.